

Indonesien: Durchbruch für die Demokratie

Moritz Kleine-Brockhoff

Dezember 2004

- Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2004 waren der Durchbruch für die Demokratie in Indonesien. Die Reformen seit dem Sturz des Militärregimes vor sechs Jahren sind unumkehrbar. Elite und Volk haben das neue politische System akzeptiert. Allerdings ist die Demokratie unvollständig. Das Militär ist nicht unter ziviler Kontrolle, die Justiz abhängig.
- Durch die Wahlen und durch fortschreitende Dezentralisierung ist ein noch vor drei Jahren für möglich gehaltenes Auseinanderbrechen des Staates nicht mehr zu befürchten. Zwei Separatistenkonflikte, in Aceh und in Papua, werden in kontrolliertem Rahmen anhalten. Das Militär will keine dauerhafte Lösung, es profitiert, wenn Abspaltungssorgen fortbestehen. Und die Rebellen rücken nicht vom unrealistischen Unabhängigkeitsziel ab.
- Säkulare Kräfte gewannen die Wahlen, im Land mit der weltweit größten islamischen Bevölkerung bleibt ein Gottesstaat unerwünscht. Mit Misstrauen zu beobachten ist der rasante Aufstieg der konservativ-islamischen PKS, der Indonesiens Pluralismus bedrohen könnte. Noch beschränkt sich das Programm der PKS auf Korruptionsbekämpfung und sauberes Regieren. Gleichzeitig baut sie durch schamlosen Populismus erfolgreich eine breite Unterstützerbasis. Mittelfristig will die Partei die Rolle des Islam in Indonesien verstärken, langfristig den Gottesstaat.
- Unter dem kompetenten Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) sind politische Stabilität und positive Wirtschaftsentwicklung wahrscheinlich. SBY hat zwar keine sichere Mehrheit im Parlament, die großen Parteien opponieren, heftige Machtkämpfe innerhalb der Legislative sowie mit der Exekutive haben begonnen. Aber SBY dürfte sich mit professionellem Regierungsstil und Volksnähe zum wirkungsvollen Politstar entwickeln. Parteien, die dauerhaft Blockadepolitik gegen seine Regierung betreiben, riskieren Popularitätsverlust und Spaltung. Selbst mit erfolgreicher Politik kann SBY Indonesiens Probleme nicht in einer Legislaturperiode lösen, sie erfordern wegen ihrer großen Ausmaße 10–20 Fortschrittsjahre.



Anm.: Auf der Karte sind die neuen Provinzen Sulawesi Barat und Kepulauan Riau noch nicht berücksichtigt.

Der Autor:

Moritz Kleine-Brockhoff ist Südostasien-Korrespondent von *Frankfurter Rundschau*, *Stuttgarter Zeitung*, *Der Tagesspiegel* und *Hannoversche Allgemeine Zeitung*. Er lebt in Jakarta.

Demokratisierung

Wahlen 2004: Durchbruch für die Demokratie

Indonesien, das mit 220 Mio. Menschen viertgrößte Land der Welt, hat mit den Wahlen 2004 den Durchbruch zur Demokratie geschafft. Dabei sorgten die Indonesier für eine Premiere: zum ersten Mal wurde der Präsident eines Staates mit überwiegend moslemischer Bevölkerung direkt gewählt. Wichtiges Ergebnis ist die **Akzeptanz des neuen politischen Systems**. Die politische Elite zeigte sie durch friedliche Wahlkämpfe und das Ausbleiben von Störungen während der Wahlgänge. Militärs mit politischen Ambitionen ließen sich pensionieren und stellten sich dem demokratischen Wettbewerb. Das Volk zeigte seine Akzeptanz durch **hohe Wahlbeteiligung**. Innerhalb von sechs Monaten gaben drei Mal jeweils etwa 80% der Berechtigten ihre Stimme ab. Den Parlamentswahlen im April folgten zwei Präsidentschaftswahlgänge im Juli und im September.

Der Erfolg ist Ergebnis eines Reformprozesses, der mit dem Sturz von General Suharto im Mai 1998 begann. Suharto hatte 32 Jahre lang geherrscht, als Autokrat leitete er einen zentralistischen Repressionsstaat. Der General hatte seinem Militärregime einen blassen Demokratiestrich gegeben, es gab drei Parteien und Wahlposen. Jetzt sind **demokratische Strukturen so fest etabliert, dass eine Rückkehr zu anderen Systemen unvorstellbar** ist – erstmals seit 1945, als Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Niederlande erklärt wurde. 2004 haben die Indonesier zum ersten Mal den Präsidenten direkt gewählt und regionale sowie nationale Parlamente bestimmt, in denen Militärs keine garantierten Sitze mehr haben.

Ein einzigartiges Dreikammersystem aus Repräsentantenhaus (Parlament), „Rat der Regionalen Repräsentanten“ (Regionalrat) und Volksversammlung gibt Regionen mehr politischen Einfluss. Die Parlamentsabgeordneten werden aus Parteilisten gewählt, die des Regionalrates noch direkter, sie treten als Unabhängige an. Beide Kammern bilden zusammen die Volksversammlung, die die Verfassung ändern darf. Sie kommt planmäßig alle fünf Jahre zusammen, kann

jedoch einberufen werden, zum Beispiel, um Ersatz zu wählen, wenn der Präsident oder sein Vize gestorben ist.

Die **Reformen haben das Parlament enorm gestärkt**, es kann Gesetze theoretisch gegen die Willen von Regionalrat und Präsident verabschieden. In der Praxis ist das kaum vorstellbar. **Indonesien hat weiter ein Präsidialsystem**. Der Präsident ist Staats- und Regierungschef sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte, seine Mannschaft entwirft die Gesetze. Sein Amt wurde auch gestärkt, er kann jetzt nur unter Einbeziehung des Verfassungsgerichts enthoben werden. Das System ist ungetestet und es wird sofort spannend: **der gestärkte Präsident hat keine sichere Mehrheit im gestärkten Parlament**. Exekutive und Legislative loten gerade ihre Kompetenzgrenzen aus, zum Beispiel beim Streit um die Nominierung des „Panglima“, das ist der oberste General, der Chef der Streitkräfte. Grundsätzlich dürfte der Präsident das Sagen aus einem einfachen Grund behalten: weil er Präsident ist. In Indonesien ist nichts wichtiger als Hierarchie. **Vielleicht verändert die Demokratie kulturelle und soziale Normen, aber auf keinen Fall von heute auf morgen**.

Parlamentswahl: Denkwort für alle etablierten Parteien

Im Parlamentswahlkampf waren überall die selben Versprechen zu hören: Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Korruption, Sicherheit im Land, Wirtschaftswachstum, Bildung und bessere Gesundheitsversorgung. **Im Land mit der weltweit größten moslemischen Bevölkerung (200 Mio.= 90%) machte niemand Religion zum Wahlkampfthema**. Selbst diejenigen, die islamisches Recht einführen wollen, sagten das nicht laut. Die Zurückhaltung ist Erfolg der Wähler: sie hatten in der Vergangenheit gezeigt, dass in Indonesien mit Religionskarten keine Wahl zu gewinnen ist. **Die überwältigende Mehrheit hält überwiegende Trennung von Staat und Religion für richtig**. Am 5. April wurden die Mitglieder der Regionalparlamente und die der beiden

nationalen Kammern bestimmt. 148 Mio. waren wahlberechtigt, 84% kamen. Es herrschte Ruhe und Disziplin, Gewalt blieb aus. Man spürte

großen Respekt vor dem demokratischen Akt und Stolz auf die Errungenschaft.

Ergebnisse der Parlamentswahlen 2004 und 1999

Platz	Partei	Sitze		Prozent		Stimmen	
		2004	1999	2004	1999	2004	1999
1	GOLKAR	128	118	21,62	22,44	24.480.757	23.741.749
2	PDI-P	109	151	18,31	33,74	21.026.629	35.689.073
3	PPP	58	58	8,16	10,71	9.248.764	11.329.905
4	PD	55	-	7,46	-	8.455.225	-
5	PKB	52	51	10,61	12,61	11.989.564	13.336.982
6	PAN	52	34	6,41	7,12	7.303.324	7.528.956
7	PKS	45	7	7,20	1,36	8.325.020	1.436.565
8.-16.	≤ 2,6%	48	39	17,95	13,39	16.994.017	14.130.649

Anm.: Sitze im Parlament 2004: 550, 1999: 500; 16 von 24 Parteien gewannen Mandate, die 8 Parteien mit den wenigsten Stimmen gewannen 2004 jeweils nur 2,6% oder weniger der Stimmen.

Das Ergebnis ist **Denkzettel für die etablierten Parteien, alle verloren**. Der Eindruck, ihre Parlamentarier seien faul, korrupt und stellten Eigenvor Landesinteresse, ist weit verbreitet. Unabhängig davon, inwieweit dies stimmt: **Indonesiens politische Elite hielt es nicht für nötig, ihr Image zu verbessern**.

Die PDI-P, Regierungspartei von Megawati Sukarnoputri, verlor fast 15 Mio. Wähler, also mehr als 40% ihrer Unterstützer. Die PDI-P war vor fünf Jahren als Partei der „kleinen Leute“ angetreten. Ihnen geht es heute wirtschaftlich nicht besser. Dazu kam, dass **Präsidentin Megawati und ihr offenbar korrupter Ehemann sich vom Volk distanzieren**.

Die GOLKAR, früher politisches Vehikel von General Suharto, verlor knapp einen Prozentpunkt. Ihr schadete, dass der Vorsitzende Akbar Tandjung zwei Mal wegen Veruntreuung von Staatsgeld verurteilt wurde, bevor das Oberste Gericht ihn skandalös freisprach. GOLKAR half, dass einige, die 1999 zur PDI-P abgewandert waren, enttäuscht zurückkamen.

Die moderat-islamische PKB von Expräsident Abdurrahman Wahid verlor zwei Prozentpunkte, genau wie die konservativere Islampartei PPP von Vizepräsident Hamzah Haz. Die moderat-islamische PAN von Amien Rais, dem Vorsitzenden der Volksversammlung, verlor knapp einen Prozentpunkt. Die drei Kleinen bekamen große

Ämter, machten aber nichts daraus. Wahid scheiterte, Haz fiel nur durch dumpf-religiöses Anti-West-Gehabe auf, Rais fiel gar nicht auf. Außer PKB, PPP und PAN haben viele andere kleine Parteien islamische Parteibasen, Zusammenschlüsse brächten Gewinn. Die großen Köpfe der Parteichefs verhinderten das, ein Generationswechsel steht an.

Erfolge feierten nur zwei „frische“ Parteien: PD (7,5% aus dem Stand) und PKS (+5,9%). PD, unbelastet, weil erst 2001 gegründete, gab sich erfolgreich ein Saubermann-Image und nutzte die Popularität ihres Vorsitzenden, Susilo Bambang Yudhoyono (SBY). Der PD schadete, dass die Wahl kam, während ihr Aufstieg im Wahlkampf von Jakarta aus seinen Lauf nahm. In der Hauptstadt wurde die PD sensationell zweitstärkste Kraft. Mit mehr Zeit und mehr Kapazitäten in allen Provinzen hätte die PD landesweit ein zweistelliges Ergebnis erreicht.

Die PKS hieß früher PK (1999: 1,4%), erschien durch ihren Namenswechsel neu und versprach am überzeugendsten Korruptionsbekämpfung sowie „sauberes Regieren“. Wahrscheinlich meinen ihre Politiker es tatsächlich ernst. Die Partei ist konservativ-islamisch. Korruption und andere Arten der Unehrllichkeit sind unislamisch. Damit, also mit demonstriertem Respekt vor islamischen Werten, hat die PKS erfolgreich Wahlkampf gemacht. Dabei rückte sie die Werte stärker in

den Vordergrund als deren religiöse Herleitung. Auch die PKS stieg erst im Wahlkampf auf. In Jakarta (100.000 Anhänger im Fußballstadion) wurde sie sensationell stärkste Kraft. Mit mehr Zeit und mehr Kapazitäten in allen Provinzen hätte auch die PKS landesweit ein zweistelliges Ergebnis erreicht.

Ab Platz acht wurden höchstens 2,6% erreicht. 17 „ganz kleine“ Parteien gibt es, neun von ihnen kamen ins Parlament. Die „ganz Kleinen“ gewannen ein Fünftel der Stimmen! **Hohe Wahlbeteiligung und breit gestreute Stimmverteilung zeigen: Die Wähler sind von den etablierten Parteien enttäuscht und orientierungslos, hoffen aber weiter auf die Politik, sonst wären sie zu Hause geblieben.**

Das neue Parlament verändert Indonesiens politische Kultur

70% der Parlamentarier wurden ausgetauscht. Mehr Frauen als je zuvor waren angetreten, gewählt wurden genauso wenige wie früher, weiterhin sind 90% der Abgeordneten Männer. Indonesiens kleine Frauenbewegung sieht in Megawatis Blässe als Regierungschefin eine vergebene Profilierungschance. Mit Präsidentin Megawati gab es aber auch einen Erfolg, seit September 2004 ist Gewalt in der Ehe ein Verbrechen.

Das neue Parlament verändert Indonesiens politische Kultur, erstmals in der Geschichte des Landes gibt es eine wahre Opposition. Bislang war das Parlament ein großer Regierungsklub. Wahid und Megawati hatten durch Rundum-Vergabe von Kabinettposten alle relevanten Parteien ins Boot geholt. Das Resultat, demonstrierte Dauerübereinkunft im Parlament, erfüllte soziokulturelle Normen. Es gab keine Opposition im westlichen Sinn, keine wahren Debatten. Opposition, Ablehnung jeder Art, gilt in Indonesien als unanständig. Natürlich gibt es sie täglich überall, aber es gilt, Ablehnung nicht auszudrücken. Statt „Nein“ sagt man „Ja, später“. Legte jemand in einer politischen Debatte die Schwäche seines Gegners bloß, hätte er sich disqualifiziert. Er wäre fortan als grob und rücksichtslos verschrien. Dabei sind indonesische Politikonfrontationen durchaus hart. Gefragte Kunst

ist, Härte zu verstecken und sich trotzdem durchzusetzen.

Nach der Wahl von SBY zum Präsidenten passierte Sensationelles: **die Präsidentschaftswahlverlierer (die großen Parteien hatten Megawati unterstützt) wollten keine Kabinettposten und bildeten eine Oppositions-Koalition** im Parlament. SBY, dessen Partei nur 10% der Sitze hält, konnte also nur bei den kleinen, islamischen Parteien Unterstützung suchen. Das tat er, so entstand **eine lose Regierungskoalition, mit der SBY bestenfalls 40% der Abgeordneten hinter sich hatte.** Die ersten Sitzungswochen verbrachten die Parlamentarier ausschließlich mit Streit um die Nominierung von Ausschuss-Vorsitzenden und deren Stellvertretern. Dabei setzte sich die dominante Opposition kompromisslos durch. Auf Dauer, besonders bei direkten Machtproben mit der Exekutive, ist Elefanten-Auftreten gegenüber der Regierung gefährlich. SBY wird wohl ein im Volk beliebter Präsident werden. Wer ständig Blockade-Opposition betreibt, riskiert Popularitätsverlust und die Spaltung der eigenen Partei.

Akbar Tandjung, der Vorsitzende der GOLKAR-Partei, verlor sein Amt nach sturer SBY-Opposition gerade auf einem Parteitag an Jusuf Kalla, SBYs Vize. Damit ist der Oppositionsblock im Parlament zerbrochen und möglicherweise holt sich das Präsidentengespann SBY/Kalla nachträglich die Parlamentsmehrheit. Sicher ist das noch nicht. Unklar ist nämlich im Moment, wie gut der neue GOLKAR-Chef Kalla die defacto gespaltene Partei wird kontrollieren können. Ebenso offen ist, ob Kalla die GOLKAR-Parlamentsfraktion überhaupt permanent ins Regierungslager ziehen will, was bisherige Koalitionspartner vergraulen könnte. Alternativ könnte Kalla sich und seine Partei als mächtiges Zünglein an der Wange etablieren. Eines steht fest: es ist spannend in Indonesiens Parlament, endlich ist der Regierungsklub abgeschafft. Allerdings muss jetzt schleunigst möglichst klar werden, welche Fraktion wo steht. Ungewissheit hat legislative Arbeit schon drei Monate lang praktisch unmöglich gemacht.

Traditionsignoranz zeigten die Politiker auch bei der Wahl zum Vorsitzenden der Volksversammlung, die aus den Mitgliedern von Parlament und Regionalrat besteht. Normal für indo-

nesische Verhältnisse wäre gewesen, sich im Vorfeld auf einen Mann zu verständigen und ihn auf einer harmonischen Sitzung zu wählen. Doch die erste Sitzung wurde abgebrochen, weil nicht einmal die Kandidatenliste stand. Am Tag darauf piffen die kleinen Parteien und die direkt gewählten Regionalratsabgeordneten auf die Stärke der etablierten Parteien. In einer wahren Kampf-abstimmung gewann Hidayat Nur Wahid, der Chef der kleinen, konservativ-islamischen PKS, mit 326 Stimmen. Sein Gegenkandidat von Megawatis PDI-P erhielt 324 Stimmen. Sieger Hidayat mischt die Politszene auf. Abgeordnete sollen keine Volvos mehr fahren und während Sitzungen nicht mehr im Fünf-Sterne-Hotel wohnen. Populist Hidayat schleppte Fotografen in sein kleines Abgeordneten-Büro, wo er sich ein Nachtlager einrichtete. Gebetsteppich in der einen, Bettlaken in der anderen Hand – das Foto landete auf Titelseiten. Außerdem verschrieb sich Hidayat Trennung von Amt und Mandat, er trat als Parteichef zurück, um sich auf seinen Job als Vorsitzender der Nationalversammlung zu konzentrieren. Mit den Schritten gewann Hidayat in drei Wochen mehr Sympathie als sein Vorgänger Amien Rais in fünf Amtsjahren.

Präsidentenwahl: Die Entscheidung fiel in der ersten Runde

Indonesien wartet weiter auf den ersten jungen Politiker ohne Belastung aus der Suhartozeit, dem es gelingt, sich in der Reformzeit zu profilieren. Außer dem auch nicht überzeugenden Amien Rais traten vier Kandidaten an, die aus Sicht der Zivilgesellschaft inakzeptabel sind: die Korruption duldende, dem Militär nahe stehende Megawati, die pensionierten Generäle Wiranto und Yudhoyono sowie der Islamist Haz. Haarsträubend ist die Hoffähigkeit von General Wiranto. Er war Adjutant von Suharto und unter dem Diktator bis zum Chef der Streitkräfte aufgestiegen. Die indonesische Menschenrechtskommission benannte Wiranto als Verantwortlichen für die Gräueltaten in Osttimor, wo ein UN-Staatsanwalt ihn als Kriegsverbrecher angeklagt hatte.

Erste Runde der Präsidentschaftswahlen

(5.7.2004 in %)

Kandidatenpaare für Präsident und Vizepräsidentschaft	Ergebnis
Susilo Bambang Yudhoyono/ Jusuf Kalla	33,5
Megawati Sukarnoputri/ Hasyim Muzadi	26,6
Wiranto/Salahuddin Wahid	22,2
Amien Rais/ Siswono Yudhohusodo	14,7
Hamzah Haz/Agum Gumelar	3,0

Präsident und Vizepräsident wurden als Paar gewählt. Partner verdrängten ideologische Unterschiede; um sich in der Mitte breit zu machen, bildeten viele Kandidatenpaare aus „Nationalist“ und „Islamist“. Das half nicht, weil Wähler kaum auf den Vize schauen. Alle Paare traten in zwei Fernsehdebatten auf, ein Novum in Indonesien. Ihre Debatten waren farblos, aber immerhin gab es welche.

Weil niemand die absolute Mehrheit gewann, kam es zur Stichwahl der beiden Bestplatzierten, SBY und Megawati. Aber **Megawati hatte nie eine Chance, das Rennen wurde im ersten Wahlgang zwischen den Ex-Generälen SBY und Wiranto entschieden.** Die Indonesier wollen nach dem blinden Wahid und der passiven Megawati starke Führung. Die große Mehrheit glaubt, ein pensionierter General garantiere das. Dabei wünscht kaum jemand eine Rückkehr zum Militarismus der Suhartozeit. Bei der Parlamentswahl waren Suharto-Tochter Tutut und ihre PKPB-Partei mit dem Motto „Ich vermisse Suharto“ untergegangen (2,1%). Nein, es war die von Wiranto und SBY versprochene Mischung, die Wähler überzeugte: das Gute der Militärzeit kehrt zurück, das Schlechte nicht. Oder: **starke Führung und Wirtschaftswachstum kehren zurück, Repression nicht. Ausschließlich die Ex-Generäle konnten das Paket überzeugend anbieten.** Megawati schlug Wiranto in der ersten Runde nur, weil die ins Ex-General-Lager gehenden Stimmen sich auf zwei Kandidaten verteilten. Wäre SBY nicht angetreten, wäre Wiranto heute Präsident. Er verlor gegen SBY, weil die Wähler ihm seine Demokratieggarantie nicht abkauften, sie misstrauten Wiranto.

Amien Rais und Hamzah Haz hätten gute Vizekandidaten abgegeben, mehr war nicht drin.

Wahrscheinlich waren sie zu eitel, um in der zweiten Reihe zu kandidieren. Als Konsequenz hätte sich Zuhausebleiben angeboten. Nun gehen beide mit Niederlagen in Rente. Dass Haz und Rais, die einzigen Präsidentschaftskandidaten aus islamischen Parteien, zusammen nur 18% gewannen, zeigt wieder, wie untergeordnet Religion in Indonesiens Politik ist.

Lektion für die Elite: Wähler fordern Rechenschaft

Stichwahl der Präsidentschaftswahlen (20.9.2004 in %)

Kandidatenpaare für Präsident und Vizepräsidentschaft	Ergebnis
Susilo Bambang Yudhoyono/ Jusuf Kalla	60,6
Megawati Sukarnoputri/Hasyim Muzadi	39,4

Die Stichwahl war Indonesiens **erste direkte Präsidentschaftswahl**. Und sie war die **erste direkte Abwahl** eines Präsidenten. Die **Reichweiten von Rechenschaftsprinzip und freiem Wählerwillen wurden von der politischen Elite vor beiden Wahlgängen nicht erfasst**. Erst mit dem Ergebnis der Stichwahl beginnt ein Umdenkprozess. Bei der Stichwahl unterstützten alle großen Parteien Megawati. Und die größte Moslemorganisation im Land, die 40 Mio. starke Nahdlatul Ulama, stellte mit Hasyim Muzadi den Vizekandidaten von Megawati. Wie konnte sie da verlieren? Die Gesetze einer Personenwahl, Faktoren wie Kompetenz, Sympathie und Vertrauenswürdigkeit, wurden vom Megawati-Lager fürchterlich unterschätzt. **Megawatis Niederlage zeigt, dass Indonesiens Wähler heute eigenständig entscheiden statt zu tun, was man ihnen sagt**. Damit hatte die Elite nicht gerechnet. Der damalige Chef der GOLKAR-Partei rief dazu auf, Megawati zu wählen. 83% der GOLKAR-Mitglieder wählten SBY.

Die Bilanz von Megawatis Amtszeit ist gar nicht so schrecklich wie oft behauptet. Es gab mindestens so viele Erfolge wie Pleiten. Doch Megawati verkaufte das Gute nicht und erklärte keine Probleme. Vielleicht hatte sie keine Lust und sah keine Notwendigkeit, vielleicht war sie auch

nicht dazu in der Lage. Megawati ist eine katastrophale Kommunikatorin. Und sie erscheint zu weich. Statt Machtworten hörte man von der überforderten Präsidentin, dass ihr Regieren Kopfschmerzen bereite. Megawati ist keine Politikerin, ihr fehlen intellektuelle Kapazität, Entscheidungsfähigkeit, Ehrgeiz, Fleiß und Gespür. Doch wer sie trifft, lernt eine reizende Frau kennen. Die Indonesier lernten sie aber nicht kennen. Megawati nutzte die Medien nicht, sondern lief vor ihnen weg, gab weder Interviews noch Pressekonferenzen. Als sie das im Wahlkampf endlich änderte, wurde sie bei harten Fragen ungehalten. Ergebnis eines drei Jahre langen PR-Gaus war der Eindruck, Megawati sei eine volksferne Königin. Dass sie so offensichtlich wegen ihrer Distanz zum Volk scheiterte, wird Indonesiens Politik zum Positiven verändern. **Das Rechenschaftsprinzip, bezogen auf Ergebnisse und deren Vermittlung, ist jetzt in den Köpfen angekommen.**

Stärkung der Einheit Indonesiens

Die Wahlen haben die Einheit des Landes gestärkt, haben Gemeinschaftsgefühl gefördert. Indonesien hat 17.000 Inseln, die über ein Achtel des Erdumfangs verteilt sind. 360 verschiedene Ethnien sprechen Hunderte Sprachen, neben allen Weltreligionen ist Animismus verbreitet. Die Grenzen sind die der früheren niederländischen Kolonie, sie haben wenig Natürliches, sind Ergebnis von Kämpfen und Verträgen zwischen europäischen Kolonialmächten. Die Präsidenten Sukarno und Suharto hielten das künstliche Gebilde mit Gewalt zusammen und etablierten mit der malaiischen „Bahasa Indonesia“ eine Landessprache. Durch staatlich gesteuerte Transmigration landeten die dominanten Javaner in verschiedenen Landesteilen. Das führt bis heute in Borneo zu regelmäßigen blutigen Auseinandersetzungen und gehört auch zur Vorgeschichte des so genannten Religionskrieges auf den Molukken. Seit Indonesiens Unabhängigkeit gab oder gibt es Unabhängigkeitsbewegungen in Sulawesi, auf den Molukken, in Aceh und Papua, das nach einer Verwaltungsteilung aus den Provinzen Irian Jaya Barat und Papua besteht.

Nach dem Sturz Suhartos war es drei Jahre lang sehr unruhig. Die Sorge war berechtigt, das

Land könne ähnlich wie der Balkan auseinander brechen. Suhartos zentralistischer Regierungsstil hatte die Außeninseln benachteiligt, die durch ihre Rohstoffe eigentlich reich sind. Alle Staatseinnahmen flossen zunächst in die Hauptstadt Jakarta auf der Insel Java, wenig ging zurück. Regionale Wirtschaftsentwicklung wurde gehemmt, weil nichts ohne Segen aus Jakarta lief, wo in erster Linie javanische Interessen vertreten wurden. Außerhalb Javas waren Unzufriedenheit und Wunsch nach Eigenständigkeit groß.

Niemand weiß, was ohne die politischen Reformen, die schnell und mit Vorteilen für die Provinzen kamen, passiert wäre. Sicher hat **die 1999 begonnene Dezentralisierung immens zur Stabilisierung Indonesiens beigetragen**. Provinzen und Distrikte können im Rahmen einer Regionalautonomie mittlerweile recht selbstständig über ihre Belange entscheiden. Und was der Staat dort einnimmt, bleibt zum größten Teil vor Ort. In den Provinzen entfaltet sich enorme Wirtschaftsaktivität, fast Goldgräberstimmung. Der explodierende Markt für Inlandsflüge verdeutlicht das. Wo früher kaum Grund war, hinzufliegen, sind Strecken jetzt von Geschäftsleuten ausgebucht. **Das neue Dreikammer-System mit höherem Einfluss von Regionalvertretern und direkt gewählte Regionalparlamente sind logische Fortsetzung früherer Dezentralisierungsschritte. Die Wahlbeteiligung war übrigens überall hoch, selbst in Aceh und in Papua. Das neue Indonesien wird landesweit angenommen.**

Die Dezentralisierung bringt nicht nur Positives. **Sie dezentralisiert und multipliziert auch Korruption**. Nicht nur in Jakarta, auch in Provinzen und Distrikten sind Menschen jetzt in Positionen, die Handaufhalten ermöglichen. Investoren sind immer noch meist Javaner. Und dass ein Distriktchef mal eben 36 Abholzkonzessionen vergibt, wollte auch niemand. Die Gesetze zur Regionalautonomie mussten jüngst wieder geändert werden, wahrscheinlich nicht zum letzten Mal. Doch unterm Strich ist die Dezentralisierung so wunderbar wie die erfolgreichen Wahlen, das Auseinanderbrechen Indonesiens ist heute undenkbar.

Ein islamischer Gottesstaat bleibt unerwünscht

90% der Indonesier sind Moslems, nur ein Drittel von ihnen wählte islamische Parteien. Im Land mit der weltweit größten islamischen Bevölkerung bleibt ein Gottesstaat unerwünscht. Zu sagen, dass „säkulare“ Kräfte gewannen, beschreibt das Wahlergebnis auf verständliche Art, es gibt keine gute Alternative zu dem Begriff. Aber „säkular“ ist nicht ganz korrekt. In Indonesien sind Politik und Religion nicht strengst getrennt, Indonesien ist ein „religiöser Staat“. Eigentlich herrscht Religionsfreiheit, beschränkt allerdings durch eine Religionspflicht. Man muss sich eine Weltreligion aussuchen, Atheismus wird von Moslems nicht akzeptiert und entsprechend auch nicht vom indonesischen Staat. Islamisches Recht beeinflusst Gesetzgebung, zum Beispiel im Erbschafts- und im Ehegesetz, das Polygamie für Moslems zulässt. Ex-Vizepräsident Haz hat drei oder vier Ehefrauen.

Die als „säkulare“ Kräfte beschriebenen Parteien und Politiker wollen keine weitergehende Trennung von Staat und Religion. Und moderate islamische Parteien wollen auch keine weitere Vermischung. Wer am Status Quo rüttelt, wird Außenseiter. Oft hatten in der Vergangenheit konservativ-islamische Parteien versucht, durch Verfassungsänderung die Einführung der Scharia für alle Moslems herbeizuführen. Ein entsprechender Passus, die „Jakarta Charter“, stand 1945 in einem Verfassungsentwurf, wurde damals aber gestrichen. Versuche, die Charter wieder einzusetzen, scheiterten immer im Parlament. Dass sich daran nichts ändert, haben die Wähler jetzt wieder entschieden, „säkulare“ Parteien bleiben dominant.

Der Stellenwert des Islam wird bei der Betrachtung Indonesiens oft überbewertet. In der Gesellschaft wichtiger sind Familie, Hierarchien und Geld. Bei der Präsidentschaftswahl gingen die beiden islamischen Kandidaten unter, Amien Rais und Hamzah Haz. Zwar könnte niemand viele Stimmen bekommen, von dem bekannt ist, dass er kein praktizierender Moslem ist oder den Islam nicht respektiert. Aber diese Eindrücke zu vermeiden, reicht aus. Kandidaten und Parteien brauchen kein „islamisches Programm“, um Er-

folg zu haben. Eine Beschränkung darauf wäre sogar schädlich. Christliche Politiker in den eigenen Reihen zu haben, wird akzeptiert, mehr noch: es ist positiv. Wenn ihr Anteil allerdings weit über zehn Prozent hinaus geht, vermindert dies das Wählerpotential. Wer nur Moslems aufnimmt und aufstellt, setzt sich ebenfalls Erfolgsgrenzen. Sobald eine Partei eine Mitglieder- und Kandidatenstruktur hat, die nicht Spiegel der Gesellschaft ist, kommt Misstrauen auf.

Seit dem Sturz Suhartos können Fundamentalisten in Indonesien freier agieren. Das hat die politische Landschaft zum Glück nicht verändert. Viele Fundamentalisten sind im MMI (Rat der indonesischen Gotteskrieger), wo sich diejenigen tummeln, die einen Gottesstaat schaffen wollen. MMI hatte viel Zeit, Freiheit und Aufmerksamkeit. Statt zur Massenbewegung zu

werden, blieb die Gruppe ohne nennenswerten Einfluss.

Die bisherige, bewährte **Balance zwischen Staat und Religion könnte aus dem Gleichgewicht geraten, wenn die konservative PKS zur ersten islamischen Volkspartei wird**. Das ist möglich. Im Moment konzentriert sich die Partei auf Korruptionsbekämpfung und sauberes Regieren. So sympathisch sie das gerade macht, Misstrauen ist berechtigt. Die hervorragend organisierte PKS, die wohl aus dem mittleren Osten gesponsert wird, will die Rolle des Islam in Indonesien massiv verstärken und langfristig den Gottesstaat. Sie baut nur gerade erst einmal durch Populismus eine breite Unterstützerbasis. Gelingt ihr das, könnte die PKS Indonesiens Pluralismus bedrohen.

Die neue Regierung

SBY: General aus dem Suharto-Regime

Es ist grotesk: die Indonesier haben ihre neu gewonnene Demokratie dazu genutzt, einen Mann aus dem Regime zu wählen, von dem sie sich befreit hatten. SBY war unter Militärherrscher Suharto Drei-Sterne-General, später bekam er noch einen vierten Stern. Leutnantsohn SBY, 55, begann seine Militärkarriere klassisch, er heiratete die Tochter eines Generals. Als junger Soldat wurde SBY in Suhartos Militärakademie indoktriniert, später war er im annektierten Osttimor im Einsatz. 1996, als Soldaten in Jakarta das Büro einer Oppositionspartei stürmten und dabei Dutzende starben, war SBY Stabschef des Wehrbereichs Jakarta. Er gilt trotzdem als „unbelastet“. SBY wurde erst am Ende der Militärherrschaft bekannt, als Chef der sozialpolitischen Abteilung des Militärs. Dort propagierte SBY, innerhalb der konservativen Parameter des Regimes, Militärreformen. SBY wurde militärisch unter anderem in den USA ausgebildet. Dort studierte er auch an der Webster Universität Sicherheitsmanagement. In Kambodscha und auf dem Balkan nahm er an UN-Einsätzen teil. SBY hatte schon als Soldat des Suharto-Regimes im Parlament gesessen, damals hatte das Militär

38 garantierte Sitze. Nach Suhartos Sturz leitete er unter Präsident Wahid das Ministerium für Bergbau- und Energie, später wurde er Sicherheitsminister. Er behielt das Amt unter Megawati. 2001 gründete SBY seine Partai Demokrat (PD), kurz danach brachte er ein Buch über sich heraus: „Der Demokrat“, 1008 Seiten lang. Damit war seine Präsidentschaftsambition klar. **SBY verließ sinkende Schiffe rechtzeitig, in diesem Jahr das von Megawati, 2001 das von Wahid.**

Die meisten Indonesier mögen die SBY-Kombination von Suharto- und Reformferfahrung. Sie halten ihn für ehrlich, das war im Wahlkampf sein größtes Kapital. Was über SBY bekannt ist, kann die wichtigste Frage aber nicht beantworten: Ist er wirklich Demokrat? SBY hat sechs Jahre vor der Pensionsgrenze das Militär verlassen, obwohl er sich zu dem Zeitpunkt noch Hoffnungen machen konnte, Chef der Streitkräfte zu werden. Er hat sich fair dem demokratischen Prozess gestellt. Gleichzeitig kann wohl kein Mensch 26 Jahre als Soldat in einem Militärregime abschütteln, SBY wurde in den Streitkräften eines Diktators sozialisiert. Ob SBY wahrer Demokrat ist, wird sich erst in einer Krise zeigen. Dass man sich ihn nicht mehr in Uniform vorstellen kann, darf nicht irreführen. Solange

SBY die Demokratie dient, wird er nicht an ihr rütteln. Aber in einer Krise, zum Beispiel wenn seine Wirtschaftsversprechen nicht umgesetzt werden, ist ihm zuzutrauen, dass er das Parlament verantwortlich macht und auflöst.

SBY Superstar?

Die Indonesier sind froh, endlich wieder einen imposanten Staatsmann als Präsidenten zu haben. Aussehen und Auftreten sind in Indonesien noch wichtiger als anderswo. Dr. Susilo Bambang Yudhoyono sieht gut aus, ist relativ groß und hat breite Schultern. Er ist nie emotional, strahlt Würde aus und vermittelt ein Gefühl von Sicherheit. Dabei gibt er nicht an. Kurz: **SBY tritt präsidial auf. Und er wiederholt Megawatis großen Fehler der Volksferne nicht.** Werden indonesische Gastarbeiter aus Malaysia verbannt, empfängt SBY sie am Hafen. Reisen Moslems zum Ende des Fastenmonats von Jakarta zu ihren Familien aufs Land, verabschiedet sie SBY am Busbahnhof. Er kennt und nutzt die Kraft der Medien. Fragt bei einer Pressekonferenz jemand von einer Seite des Raums, antwortet SBY geradeaus, in die laufenden Kameras.

SBY folgt zwei schwachen Präsidenten, ist qualifiziert und hat ein starkes Mandat. Er kann sich nicht nur gut verkaufen, er ist gut: kompetent, ehrgeizig, fleißig und gespürvoll. Ja, vielleicht fehlt ihm eine stabile Parlamentsmehrheit, aber wirkliche Feinde hat er nicht. SBYs Partner und Stellvertreter Jusuf Kalla ist als neuer Vorsitzender der GOLKAR-Partei plötzlich sehr mächtig und vielleicht weckt das Präsidentschaftsambition. Aber zunächst ist es im Interesse beider Männer, nicht zu konkurrieren. Sie sind als Gespann direkt gewählt und müssen erst einmal Regierungsfähigkeit zeigen. Angenommen, Kalla wollte lieber heute als morgen Präsident werden: er kommt nicht an kulturellen Normen vorbei und muss als Vize bis „kurz vor 12“ gegenüber seinem Chef loyal sein – bis zur Wahl 2009 oder bis zu einem ernsten Wackeln SBYs, das im Moment nicht abzusehen ist.

Egal ob im Militär, unter Politikern, im Volk, unter Religionsführern oder Journalisten: SBY ist angesehen. Wenn er jetzt halbwegs vernünftige Politik macht, und davon kann man ausgehen,

wird er ein Star. Das Rechenschaftsprinzip hat er verinnerlicht. SBY sagte, er wolle die Menschen nicht enttäuschen, die ihm Vertrauen geschenkt haben. Auf einen solchen Satz hatte man unter Megawati drei Jahre lang vergeblich gewartet. SBY ist in den Palast eingezogen und etabliert dort einen Präsidentenamtsitz, der dem Weißen Haus in Washington ähnelt. SBY arbeitet mit Schlafpausen rund um die Uhr. Das ist gut und kommt gut an, besonders nach der gemütlichen Megawati.

Seit Suharto hat kein Präsident die gesamten fünf Amtsjahre absolviert, in sechs Jahren gab es drei Staatschefs. SBYs größte Herausforderung ist, die hohen Erwartungen zu erfüllen. Ohne Katastrophe – eine zweite asiatische Finanzkrise ist möglich – dürfte er seine Amtszeit überstehen. **Das heißt nicht, dass SBY Wunder vollbringen kann, die strukturellen Probleme des Landes sind zu groß.** Der Präsident kann maximal Prozesse einleiten, die Linderung bewirken. SBY ist in der Lage, Fortschritte wirkungsvoll hervorzuheben, Probleme zu erklären und überzeugend um Geduld zu bitten. Mit dieser Kombination wird er unterm Strich Erfolg haben. **Seine brillante Außendarstellung eröffnet ihm die Möglichkeit, trotz Realpolitik Politstar zu werden.**

Kabinettsbildung ohne Mut

Das neue Kabinett ist nicht neu, alte Bekannte versprechen wenig frischen Wind. Realpolitik statt Mut: SBY hat politische Schulden bezahlt und sich um zukünftige Unterstützung bemüht. Das neue Kabinett reflektiert nicht Selbstbewusstsein, sondern Vorsicht. SBY versprach starke Führung und startete mit Kompromissen und dem Bemühen, niemandem auf die Füße zu treten. Das Kabinett ist nicht, wie wünschenswert, schlanker, sondern um vier auf 36 Posten erweitert. Zusätzlich behalten der Chef der Streitkräfte und der Polizeichef Kabinettsrang. Die Chance, durch ihren Ausschluss ein Zeichen für steigende Zivilkontrolle zu setzen, wurde verpasst. Seinen Kabinettsrang verlor nur der Geheimdienstchef, der neue ist allerdings wie sein Vorgänger pensionierter General.

Fast ein Drittel der Minister ist älter als 60 Jahre, fast ein Viertel saß in den Kabinetten von Wahid oder Megawati, einer sogar im letzten Suharto-Kabinetten. Die Zahl der Minister, die Ex-Militärs sind, liegt unverändert bei vier, die der Frauen ist mit vier weiter niedrig, bedeutet aber eine Verdopplung. Ein Drittel der Minister sind Politiker, ein Drittel Wissenschaftler oder Geschäftsleute, ein Drittel Bürokraten. SBY belohnte seine Wahlkampfunterstützer, zum Beispiel einen Mann, der aus der GOLKAR ausgeschlossen wurde, weil er sich öffentlich gegen die Weisung stemmte, Megawati zu wählen. SBY vergab einen Ministerposten an einen Dozenten von dem Agrarinstitut, das ihm gerade einen Dokortitel verliehen hat. Nur ein Kabinettsmitglied ist chinesischer Abstammung. 32 sind Moslems, drei Christen, einer Hindu.

Schlimm ist die Ernennung von Aburizal Bakrie, der SBYs Wahlkampf mit finanziert haben soll, zum Koordinierenden Wirtschaftsminister. Wenn SBY, wie er beteuert, Ermittlungen gegen prominente Korruptionsverdächtige sehen will, könnte damit in seinem Kabinetten begonnen werden. Bakrie gehört zu den unter Suharto aufgestiegenen Business-Tycoons, die mit der asiatischen Finanzkrise nicht am von ihnen geschaffenen Schuldenberg zerbrachen, sondern sich wahrscheinlich die Taschen noch voller machten, als staatliche Rettungsmilliarden im untergehenden Banksektor versickerten. Bakrie hat sein Privatvermögen mit 132 Mio. US\$ angegeben. Schlimm ist auch, dass Yusril Mahendra von der konservativ-islamischen PBB weiter im Kabinetten ist. Als Megawatis Justizminister ist er für den katastrophalen Zustand der Justiz mit verantwortlich. Aus seinem Ministerium kamen haar-

sträubende Gesetzentwürfe, er wollte Küssen in der Öffentlichkeit mit fünf Jahren Gefängnis bestrafen. Mahendra ist jetzt als „Staatsminister“ eine Art rechte Hand. Darüber hinaus hat die PBB das Forstministerium bekommen. Dort sitzt jetzt ein Mann, der sagt, er wolle durch Abholzung möglichst viel Geld einnehmen. Dass Mahendra und seine Zwei-Prozent-Partei einflussreich bleiben, ist so unverständlich wie traurig.

Das neue Kabinetten hat auch viele gute Seiten. Nach Durchatmen wegen der Bakrie-Nominierung fällt auf, **dass die Wirtschaftsmannschaft insgesamt ordentlich ist.** Finanzminister Yusuf Anwar kommt von der Asian Development Bank (ADB) und steht seinem Vorgänger nahe, der vernünftige Fiskalpolitik machte. Handelsministerin Mari E. Pangestu ist eine unbelastete Ökonomin, sie kommt vom angesehenen CSIS-Institut, einem Think Tank. Planungsministerin Sri Mulyani Indrawati ist auch hoch qualifiziert, sie war IWF-Direktorin für Südostasien. Alle drei haben Abschlüsse von US-Universitäten.

Kontinuität in der Außenpolitik macht Sinn, Hassan Wirajuda behielt sein Amt. Sicherheitsminister Widodo Adi Sucipto und Verteidigungsminister Juwono Sudarsono sind ebenfalls gute Wahlen. Auf die Posten müssen erfahrene Leute, beide sind es. Widodo war früher Chef der Streitkräfte, Juwono hatte schon viele Ministerposten inne, unter Wahid war er schon einmal Verteidigungsminister. **Am meisten begeistert der überfällige Austausch des Generalstaatsanwaltes.** Der neue, Abdul Rahman Saleh, kommt vom Obersten Gerichtshof, wo er als sauberer Richter galt. Leider ist der neue Justizminister ein Unprofiliertes mit Korruptionsgeruch.

Probleme und Perspektiven

Korruption ist Kultur

Korruption-Kollusion-Nepotismus, KKN, ist Indonesiens größtes Problem. KKN ist zu finden in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Politik, Polizei, Militär und in der Bevölkerung, kurz: überall. KKN hemmt Wirtschaftsentwicklung, fördert soziale Ungerechtigkeit und verhindert wahre De-

mokratie, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, bessere Bildung, bessere Gesundheitsversorgung und Umweltschutz. Praktisch alle Indonesier betreiben KKN im Rahmen ihrer Möglichkeiten - aus Not, Gier oder Tradition.

SBY hat sich in Sachen Korruptionsbekämpfung so weit aus dem Fenster gelehnt, dass Tatenlosigkeit unmöglich ist. Gegen Korruption

anzugehen, war nicht nur zentrales Wahlkampfversprechen, SBY sagte dann in seiner Antrittsrede auch noch, er wolle den Kampf persönlich anführen. Mal angenommen, er wollte die Korruption tatsächlich vermindern: SBY weiß, wie schwierig das ist. Sich gerade in diesem Bereich am Erfolg messen zu lassen, ist gewagt bis verrückt. Eine mögliche Erklärung ist, dass SBY **das Feld nicht alleine der PKS überlassen** will. Er bekommt ein schönes Startgeschenk: das seit langem beschlossene Antikorruptionsgericht nimmt gerade seine Arbeit auf.

Die Aussicht auf Korruptionsbekämpfung durch die SBY-Regierung hat Charme. Yudhoyono selbst könnte mal erklären, woher die gute halbe Million US\$ kommt, die er als persönliches Vermögen angegeben hat. Nie hat SBY eine legal lukrative Position gehabt. Staatliche Prüfer vermissten allein im vergangenen Jahr im damals von SBY geführten Sicherheitsministerium 2,7 Mio. US\$. Sein Stellvertreter Jusuf Kalla gehört zu den reichsten Geschäftsleuten Indonesiens, er kann nicht sauber sein. Kalla war 2000 nach Korruptionsvorwürfen aus dem Kabinett von Wahid geflogen. Der Koordinierende Wirtschaftsminister Bakrie sollte beim Führen des Anti-Korruptionskampfes helfen, er kennt sich allerbestens aus.

Die angekündigte Kampagne könnte mit Knallern starten, SBY hat wörtlich Schocktherapie verschrieben. Die erste Verhaftung gab es schon. Der Gouverneur der Provinz Aceh sitzt in Untersuchungshaft, er soll sich bei einem Helikoptergeschäft bereichert haben, von veruntreuten 1,3 Mio. US\$ ist die Rede. SBYs Minister mussten in Verträgen versprechen, sauber zu bleiben, die Führungsriege der Verwaltung soll folgen. Wahrscheinlich kommen bald spektakuläre Gerichtsverfahren gegen prominente Korruptionsverdächtige.

Zu erwarten, dass Korruption verschwindet, wäre vermessen. General Suharto wurde Korruptionsweltmeister, Indonesien gehört zu den zehn korruptesten Staaten der Welt. KKN ist keine seltene Unart, sondern gewachsene Kultur. Niemand weiß so recht, ob erst die Kolonialherren oder schon frühere javanische Herrscher den Weg bereiteten. Heute ist das KKN-System Status Quo. KKN wird erst langsam als unfaires Übel verstanden, viele Indonesier halten Kor-

rupte immer noch nicht für Verbrecher: sie handeln nicht unmoralisch, sondern schlau. Machtpositionen werden als legitimes Mittel zur persönlichen Bereicherung angesehen. Wer dort oben ist, hat sich das Recht erworben, vielleicht erkaufte, Forderungen zu stellen. Verständnis hört auf, wenn Gegenleistungen zu gering sind oder ausbleiben. Erst dann wird Unehrllichkeit empfunden.

Umdenken hat begonnen, in der Bevölkerung nimmt Akzeptanz von Korruption ab. In der Praxis ist KKN seit Beginn der Reformen zwar unverändert verbreitet, vielleicht sogar verstärkt. **Aber die Tatsache, dass KKN-Bekämpfung so ein wichtiges Wahlkampfthema war, reflektiert Wählerwunsch.** SBY muss handeln. **Er wird wohl nicht in der Vergangenheit seiner Kabinettsmitglieder buddeln, sie aber beim Hauch eines neuen Vergehens entlassen.** Die Zeit, in der ein wegen Korruption zu Gefängnis verurteilter Parlamentschef, Akbar Tandjung, während seines Berufungsverfahrens im Amt bleiben kann, ist vorbei. Egal ob SBY ernst oder nur kosmetisch gegen KKN vorgeht, allein die Aufwertung des Themas und seine Selbstverpflichtung sind im indonesischen Kontext beachtliche Ereignisse.

Justizabhängigkeit verhindert wahre Gewaltenteilung

Korruptionsverfahren sind gut, Schuldsprüche besser. **Urteile von indonesischen Richtern haben selten etwas mit Recht und Gesetz zu tun, meist sind Geld oder Politik im Spiel.** Die Abhängigkeit der Justiz ist ein Grund für die Unvollständigkeit der Demokratie, von wahrer Gewaltenteilung kann noch keine Rede sein. Praktisch niemand traut der Gerichtsbarkeit, wo alle als bestechlich gelten. Es gibt ein paar saubere Staatsanwälte und Richter, aber sie sind schwierig zu finden. Oft bleiben Verfahren nach Bestechung stecken. Polizei- und Staatsanwaltschaftsermittlung, Anklage, Verhandlungsbeginn – es gibt viele Phasen, in denen versucht werden kann, mit Geld das Erliegen eines Verfahrens zu erreichen. Die Chance, dass in allen Phasen nur saubere Menschen beteiligt sind, geht gegen Null. Dispute werden möglichst außergerichtlich geregelt, auch Selbstjustiz ist nicht ungewöhn-

lich, auf frischer Tat ertappte Diebe werden manchmal an Ort und Stelle totgeschlagen.

Zivilverfahren können durch Zahlungen auf den Weg gebracht werden. Was vor Gericht landet, wird dort oft nicht wirklich im Saal, sondern im Büro des Richters verhandelt, wo manche Urteile nach Geldverteilung abgesprochen werden. **Daraus resultiert katastrophale Rechtsunsicherheit, auch für Firmen aus dem In- und Ausland.** Die gesunden Versicherer „Manulife“ und „Prudential“ wurden flugs für bankrott erklärt und geschlossen, Konkurrenten sollten profitierten. Erst nach internationalem Druck wurden die Urteile zurückgenommen.

Viele Missstände in Indonesien sind aus historischen Gründen nachvollziehbar, 2004 Perfektion zu erwarten, wäre unfair. Dass vor Gericht der Stärkere Recht bekommt, hat jahrhundertealte, koloniale Tradition, die das Militärregime fortsetzte. Da kann Rechtsstaatlichkeit nicht über Nacht einkehren. Aber im Justizsektor tut sich seit Beginn der Reformen einfach zu wenig, er bleibt inakzeptabel verrottet.

Wer Gerechtigkeit propagiert, lebt gefährlich. 2000 war Richter Syafiuddin Kartasmita erschossen worden, weil er Tommy Suharto wegen Korruption verurteilt hatte. Im Jahr darauf starben der mutige Generalstaatsanwalt Baharuddin Lopa und General Agus Wirahadikusumah, der Korruption im Militär offen legte. Beide hatten angeblich Herzinfarkte. Und gerade wurde der Menschenrechts-Anwalt Munir mit Gift ermordet.

Indonesien, die betrogene Nation

Oft geschrieben, sehr wahr: Indonesien ist eine betrogene Nation. Das Land hat Bodenschätze im Überfluss, eine winzige Elite ist steinreich, fast allen anderen geht es wirtschaftlich schlecht. Indonesien hat Öl, ist Asiens einziges OPEC-Mitglied. Indonesien ist der weltgrößte Exporteur von natürlichem Flüssiggas. Indonesien hat die größte Goldmine der Welt. Dazu fördert es Kohle, Nickel, Kupfer, Bauxit, Zinn und Silber. Indonesien hat mehr Regenwald als die Türkei groß ist und holzt jährlich auf einer Fläche ab, die den Niederlanden entspricht. Und Indonesien ist der weltweit zweitgrößte Palmölexporteur.

Jahr für Jahr gehen Milliarden in die Taschen von ganz wenigen, denen das Geld aus den Ohren herauskommt. Ihren Arbeitern zahlen sie 50 US-Cent Stundenlohn. Die Hälfte der Indonesier hat höchstens zwei US\$ pro Tag, 16% weniger als einen. Im Osten des Landes ist sogar ein Viertel der Menschen arm.

Der Betrug liegt nicht nur in der ungerechten Verteilung des Reichtums. Er liegt auch in dem Versagen der Elite, einen Staat zu schaffen, der helfen kann. Das offizielle Bruttosozialprodukt von 208 Mrd. US\$ (1.000 pro Kopf) und der Staatshaushalt von 40 Mrd. sind **schlechte Witze. Das Bruttosozialprodukt ist in Wahrheit viel höher, der Staatshaushalt könnte und müsste viel höher sein. Im Bruttosozialprodukt nicht erfasst sind illegale Wirtschaftsaktivitäten.** Auch die Exportbilanzen stimmen nicht, weil von Holz und Sand bis zu Benzin und Zucker alles aus dem Land geschmuggelt wird, was Geld bringt. Die Elite - Privatleute, Militärs, Politiker und die Führungsriege der Administration - ist gierig. Sie arbeiten zusammen und haben in erster Linie das Ziel, noch reicher zu werden.

Wenige zahlen korrekt Steuern, bestechliche Steuerbeamte werden reich. Trotz staatlicher Monopole, zum Beispiel im Petroleumsektor sowie auf dem Strom- und dem Telekommunikationsmarkt, fließt wenig Geld in die Staatskasse. In 200 Staatsfirmen versickern Milliarden. Das alles führt zu dem bescheidenen 40 Mrd. US\$ Haushalt. Von dieser Summe geht dann wieder knapp ein Fünftel durch Korruption verloren. Schwund auf allen Ebenen dokumentiert Jahr für Jahr eine staatliche Prüfungskommission (BPK), ihre Dokumentationen bleiben konsequenzlos.

Schuldendienst und Subventionen fressen 40% der Staatsausgaben. Was unterm Strich übrig bleibt, reicht nur noch, um die Verwaltung am Laufen zu halten und Krümel in die Bereiche zu streuen, über die im Wahlkampf gerne gesprochen wird. Fairerweise ist zu sagen, dass die Bildungsausgaben stetig und prozentual beträchtlich steigen. **Doch für Bildung und Gesundheit zusammen gibt die Regierung immer noch weniger aus als für Benzinsubventionen, von denen Fahrzeugbesitzer am meisten profitieren.** Gesundheits- und Bildungssystem gehö-

ren zu den schlechtesten in Asien. Die dafür verantwortliche Elite stört das nicht, sie schickt ihre Kinder ja zum Studieren nach Australien oder in die USA. Sie braucht auch kein gutes Gesundheitssystem, die Reichen gehen eh in Singapur zum Arzt. Sie geben jährlich 300 Mio. US\$ für ärztliche Behandlung im Ausland aus.

Wer Bildung will, muss zahlen. Sich für Schul- und Universitätskosten zu verschulden, ist gefährlich. **Jährlich strömen 2,5 Mio. neue Arbeitskräfte auf einen Arbeitsmarkt, auf dem kein Platz für sie ist.** Seit 2000 finden 80% der Berufseinsteiger keine Arbeit. Offiziell liegt die Arbeitslosenquote knapp unter zehn Prozent, weitere 30% sind unterbeschäftigt. Das heißt, dass **40 Mio. Menschen keinen vernünftigen Job haben. Angesichts der fürchterlichen sozialen Ungerechtigkeit ist erstaunlich, dass es ruhig im Land ist.**

Die neue Regierung steht unter großem Druck, Arbeitsplätze zu schaffen. SBY hat es versprochen, aber nicht gesagt, wie er das anstellen will. Bittere Wahrheit ist, dass **die neue Regierung keine Arbeitsplätze schaffen kann, jedenfalls nicht bald.** Selbst in reichen Staaten wie Deutschland kann keine Regierung den Arbeitsmarkt verzaubern. Wie soll die indonesische das machen? Sie hat kein Geld für wirkungsvolle Förderung. Schwierig genug für die neue Regierung dürfte es schon sein, kurzfristig weiteren Arbeitsplatzverlust zu vermeiden und die Strukturprobleme so anzugehen, dass mittel- und langfristige neue Arbeit entstehen kann. Kurzfristig sind zum Beispiel ab Januar 2005 durch Quotenwegfall im Welttextilhandel viele Jobs in der Textilindustrie gefährdet, wo eine gute Million Menschen arbeiten, fast alle sind Frauen. Der schon bestehende und sich wahrscheinlich verstärkende Trend zur Produktionsverlagerung nach Vietnam oder China muss gestoppt werden. Mittelfristig könnte SBY Institutionen stärken und das Investitionsklima verbessern, also einen Rechtsstaat auf- und Korruption abbauen, bürokratische Hindernisse beseitigen und für Steuerverlässlichkeit sorgen. In manchen Bereichen, zum Beispiel im Bergbau, fehlen Gesetze, die Rahmenbedingungen festlegen.

Auslandsinvestitionen würden Arbeitsplätze schaffen. **Aber seit 1998 riskiert praktisch niemand aus dem Ausland nennenswert Geld in Indonesien. 2003 wurde mehr Auslandskapital**

abgezogen als eingesetzt. SONY ging, IKEA kam nicht. Wer will schon in ein Land, in dem kein Container ohne Schmiergeld den Hafen verlassen kann? Die Infrastruktur ist katastrophal. Es gibt kaum Schienenverkehr und außerhalb der verstopften Hauptstadt nur ein paar Kilometer Autobahn. Wer mit LKW Güter transportiert, muss manchmal Wegezoll an Verbrecher zahlen, die mit der Polizei zusammenarbeiten. Die Stromversorgung ist gefährdet, ohne Investitionen reichen die Kapazitäten der Kraftwerke bald nicht. Die Missstände sind nur ein Grund für das Fernbleiben von Auslandsinvestoren. Sie sind ja weltweit zurückhaltend. Und wer nach Asien geht, geht nach China – daran kann SBY so schnell nichts ändern. Insgesamt sieht es wirklich düster aus für Indonesiens Arbeitsmarkt.

Das Wirtschaftswachstum ist beachtlich, reicht aber nicht aus

Selbst unter den schlechten Voraussetzungen ist Erfolg möglich, die **Wirtschaft wuchs in den vergangenen Jahren um rund vier Prozent pro Jahr.** Wie gut es laufen könnte, wenn die Rahmenbedingungen prima wären! **Wegen des Bevölkerungswachstums sind sechs bis acht Prozent Wirtschaftswachstum nötig, um neue Jobs zu schaffen.**

Indonesien hat mit seinen Bodenschätzen und seinen 210 Mio. Menschen weiterhin riesiges Potential. Dass so viel im Argen liegt, ist auch eine Chance. Eigentlich ist genug Geld in indonesischen Händen, leider schlummert zuviel auf Banken in Singapur. Aber nicht alles: Indonesier investieren. Und es gibt Anzeichen dafür, dass der sagenhafte Reichtum der Elite langsam ausstrahlt. Konsum trägt das Wirtschaftswachstum und durch Dezentralisierung erleben manche Gebiete Aufschwünge. **Außer politischer ist makroökonomische Stabilität eingeleitet. Die Regierung Megawati hat, abgesehen vom Wahljahr, vernünftige Fiskalpolitik gemacht. Die Wachstumstendenz ist steigend, vielleicht werden in diesem Jahr 4,5% erreicht. Die Staatsschulden im In- und Ausland machen statt 80 nur noch 60% des Bruttosozialprodukts aus. Inflationsrate und Leitzins sanken von über 15**

auf 7,5%. Aktienkurse explodierten, die Landeswährung Rupiah ist seit Mitte 2001 stabil.

Megawati hätte ihrem Nachfolger fast einen sauberen Haushalt überlassen, leider legte sie einen Misthaufen: Brennstoffsubventionen kosten 5,4 Mrd. US\$ mehr als geplant. Suharto hatte die Subventionen eingeführt, trotz leichtem Abbau kostet heute ein Liter Benzin an der Tankstelle immer noch nur 20 US-Cent. Die Preissubvention sollte in diesem Jahr 1,6 Mrd. US\$ kosten. Und der Benzinpreis sollte mit Weltpreisschwankungen für Rohöl sinken oder steigen. Doch Megawati setzte das im Wahljahr aus, Teuerungen hätten ihre Erfolgsaussicht geschwächt. Ölpreise stiegen, Benzin blieb billig – so muss der Staat 2004 wohl eine Subventionszeche von sieben Mrd. US\$ berappen. Das entstandene Haushaltsloch könnte das Defizit fast verdreifachen, von geplanten 1,3 auf etwa drei Prozent des Bruttonettoprodukts. Es sei denn, SBY erhöht – was in Indonesien immer zu Protest, manchmal zu Unruhe führt – die Brennstoffpreise. Genau das wird er früher oder später tun müssen, und damit wird auch die Inflation steigen. **SBY will seinen ersten Härtetest durch Differenzierung bestehen: von Armen genutztes Kerosin und für Gütertransport wichtiges Diesel sollen billig bleiben, PKW-Benzin teurer werden.**

Zur Brennstoffmisere trägt bei, dass **Indonesien seit März Netto-Importeur von Rohöl** ist. Es gibt viele unerschlossene und viele erschlossene Ölfelder, durch Misswirtschaft wird nicht mehr genug gefördert. Die staatliche Monopolfirma PERTAMINA darf alleine oder mit Auslandspartnern Öl- und Gas fördern, exportieren und im Land verkaufen. Unter Suharto schaffte die Firma es, zehn Mrd. US\$ Schulden aufzutürmen. Wahrscheinlich ist bei PERTAMINA im Laufe der Jahrzehnte ein dreistelliger Milliardenbetrag in die Taschen der Elite geflossen. **Subventionspolitik und das Abrutschen in den Nettoimport sorgen für den Skandal, dass das OPEC-Mitglied Indonesien unter dem hohen Ölpreis leidet.** Das trägt dazu bei, dass im Haushalt wenig Geld für sozialpolitische Maßnahmen ist.

SBYs Wirtschafts- und Finanzmannschaft hat vernünftige Ziele: Finanzminister Yusuf Anwar will 2006 einen ausgeglichenen Haushalt präsen-

tieren. Sugiharto, Minister für Staatsfirmen, will Privatisierungen fortsetzen. Energieminister Purnomo Yusgiantoro will Öl- und Gasfördermengen erhöhen. Warum fällt ihm das jetzt erst ein? Er hatte das Ressort schon unter Megawati geleitet. Offen ist, wie der Koordinierende Wirtschaftsminister Aburizal Bakrie mit seinen Kolleginnen zusammenarbeitet. Der Tycoon aus der Wirtschaftselite-Clique passt nicht zu den beiden Frauen seines Teams. Bakrie gilt als Protektionist, Handelsministerin Mari Pangestu und Planungsministerin Sri Mulyani wollen freieren Handel.

Militär: Früher Regierung, jetzt Staat im Staat

Das Militär führt nicht mehr den Staat, sondern einen Staat im Staat. Es gibt kaum zivile Kontrolle, ein weiterer Grund dafür, dass Indonesien noch keine vollständige Demokratie ist. **Die Streitkräfte unterstehen nicht dem Verteidigungsministerium. Abgesehen von Einsatzbefehlen durch den Präsidenten untersteht das Militär nur sich selbst.** Die Indonesier haben eine Mischung aus Respekt und Angst vor ihren Soldaten. **Sie sind praktisch überall im Land stationiert,** das Konzept der flächendeckenden Präsenz heißt „Territorialstruktur“. **Das Militär finanziert sich weitgehend selbst. Solange das so bleibt, ist zivile Kontrolle utopisch.** Der staatliche Verteidigungshaushalt beträgt 1,2 Mrd. US-Dollar pro Jahr, die 350.000 Mann starke Truppe braucht ein Vielfaches. Laut Militärführern tragen die Streitkräfte 70 Prozent ihrer Ausgaben selbst. Demnach erwirtschaftet das Militär drei Milliarden US-Dollar pro Jahr! Es besitzt Firmen in den meisten Industriezweigen, betreibt Einkaufszentren, holzt den Regenwald ab, ist an Banken und Versicherungen beteiligt, treibt Schutzgeld ein und verdient angeblich auch an Glücksspiel, Prostitution und Drogenhandel. Bei allen legalen, aber vor allem bei illegalen Geschäften stellt sich die Frage: wer kann das Militär schon daran hindern? Die Polizei nicht, die macht es ja ähnlich.

Das Militär betreibt seine Geschäfte aus Not und gleichzeitig gerne. Indonesiens Soldaten sind Patrioten. Die von Unabhängigkeitskämpfern gegründeten Streitkräfte genießen bis heute Respekt, sie vertrieben die Kolonialmacht Nie-

derlande und garantierten in der Folge die Einheit Indonesiens. Da diese bis heute von Separatisten bedroht wird, bleibt das Militär wichtig. Die Generäle sehen es als patriotische Pflicht an, die Streitkräfte so intakt zu halten, dass sie die Staatsschutz-Aufgabe erfüllen können. Weil das Geld von der Regierung in der Tat nicht ausreicht, sind andere Quellen notwendig. **Die weitgehende Finanzautonomie gefällt dem Militär aber auch ganz gut: sie verhindert zivile Kontrolle und erhöht Einfluss in Politik und Wirtschaft.**

Praktisch an dem verdeckten Haushalt ist auch, dass er verdeckt ist. Einen Teil der selbst generierten Mittel verteilen die Generäle unter sich. Nach 20 Dienstjahren verdienen sie offiziell etwa 300 Euro pro Monat. Aber die Generäle wohnen in Villen und fahren Luxusautos, ihre Kinder studieren in Australien und ihre Frauen tragen Schmuck, der mehrere offizielle Jahresgehälter wert ist. Bei jeder Hochzeit wird ein kleines Vermögen ausgegeben. Wahrscheinlich ist nicht übertrieben zu vermuten, dass Generäle mit drei oder vier Sternen Euro-Millionäre sind und die anderen Generäle nicht viel weniger haben. Es dürfte etwa 1.500 aktive oder pensionierte Generäle geben.

Nach der Pensionierung gehen sie mit Mitte 50 in die Politik oder in die Wirtschaft, sie sitzen in staatlichen und in privaten Firmen, in Parteien, Geheimdienst und Regierung. Ihre Kinder heiraten untereinander, das garantiert Kontinuität. Natürlich gibt es im Militär konkurrierende Fraktionen und Spannungen, aber am Ende bleibt der Klub eine verschworene Gemeinschaft. Sie ist eine Säule der kleinen Elite, die Indonesien beherrscht. Wer von „ziviler Kontrolle“ träumt, muss die Macht von pensionierten Militärs beachten. Sie gehören nur auf dem Papier zu den „Zivilisten“, die die Kontrolle ausüben sollten. Ein indonesischer General ist in Wahrheit General auf Lebenszeit. Das gilt auch für den neuen Präsidenten. Übrigens ist sein ältester Sohn selbstverständlich Soldat.

Die Polizei ist auch nicht sauber. Weil sie ähnliche „Zusatzeinnahmen“ wie das Militär hat, gibt es manchmal Streit. Das schlimmste Beispiel: als ein Mann verhaftet wurde, der angeblich für das Militär mit Drogen handelte, griffen Soldaten die Polizeistation mit Granaten und Maschinen-

gewehren an, vier Polizisten starben. Im täglichen Leben gibt es ebenfalls Wild-West-Vorfälle: als ein Autofahrer keinen Platz für Wagen des Militärs machte, verprügelten Soldaten ihn. Passanten kamen dazu, da schossen die Soldaten um sich und trafen zwei Männer.

Gerade wurde ein neues Militärgesetz verabschiedet. Ein Artikel, durch den Militärs erst zwei Jahre nach ihrer Pensionierung hätten Politiker werden können, wurde gestrichen. **Allerdings ist beschlossen, dass die Regierung innerhalb von fünf Jahren alle Firmen des Militärs übernimmt. Die Umsetzung der Regelung, ein Schlüssel zur Militärreform, ist heute unvorstellbar.** Der neue Verteidigungsminister Juwono Sudarsono hat vor dem Verteidigungsausschuss des Parlaments angekündigt, dass die Regierung zunächst alle Militärfirmen mit Aktiva in Höhe von 550.000 US\$ oder der mehr übernehmen wolle. Dazu würde auch die offenbar von der Armee kontrollierte Bank Artha Graha mit Aktiva in Höhe von 100 Mio. US\$ gehören. In Indonesien sollten Worte nur zur Kenntnis genommen werden, Jubel ist erst nach Taten angebracht. Juwono rudert schon zurück, sagt jetzt, er habe nur als Diskussionsanstoß eine Idee präsentiert.

Die anhaltende Macht des Militärs ist leicht zu kritisieren und schwierig zu vermindern. **Man darf nicht vergessen, dass das Land noch vor sechs Jahren eine Militärdiktatur mit blassem Demokratieanstrich war. Heute ist es eine Demokratie mit Makeln.**

Verteidigungsminister Juwono kennt Scheitern beim Versuch, zivile Kontrolle über das Militär zu erhöhen, er hatte das Amt ja schon einmal inne. Auch Sicherheitsminister Widodo Adi Sucipto ist mit den Spielregeln vertraut, der pensionierte Admiral war früher Chef der Streitkräfte. Welche militärpolitischen Pläne SBY hat, ist unklar. Er schloss das Thema im Wahlkampf aus und widmete bei seiner Antrittsrede von 7.000 Wörtern keines dem Militär. Die Äußerungen seines Verteidigungsministers sind nicht überzubewerten, normal wäre, dass es bei leeren Worten bleibt. **Wahrscheinlich lässt SBY das heiße Eisen Militärreform zunächst liegen, er hat andere Prioritäten.** Und das Militär ist froh, in Ruhe gelassen zu werden. So hatte es auch Megawati gehalten.

Separatisten-Konflikt bleiben kontrolliert bestehen

Bis Mai „Kriegsrecht“, seitdem „Ziviler Ausnahmezustand“ – die Abstufungen im Status ändern wenig: **in Aceh tobt weiter Krieg.** Täglich sterben Menschen beim Kampf zwischen Regierungstruppen und der bewaffneten Separatistengruppe „Bewegung Freies Aceh“ (GAM). Seit Jahrzehnten ist das so. Am anderen Ende des Archipels, **in Papua, herrscht offiziell Normalzustand.** Normal ist, ebenfalls seit Jahrzehnten, dass eine geheim gehaltene Zahl von Regierungssoldaten mit der „Befreiungsarmee der Bewegung Freies Papua“ (TPN/OPM) kämpft. Die TPN-Rebellen in Papua sind bei weitem nicht so schlagkräftig wie die GAM-Rebellen in Aceh. Bei beiden Kriegen sind die meisten Opfer Zivilisten. Egal wo sie politisch stehen, de facto sind die Zivilisten zwischen den Fronten gefangen: die Regierungstruppen erpressen brutal Informationen, die Rebellen „Steuern“ und Söhne. Natürlich hassen die Menschen die Soldaten aus Java und sympathisieren mit den Rebellen. Aber ihr größter Wunsch ist, von beiden Seiten in Ruhe gelassen zu werden. Frieden soll einkehren, Bodenschätze bzw. Profite von Förderung sollen bei ihnen bleiben und helfen, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Der politische Status ist nachgeordnet. Dieser ist auf dem Papier für Papua und Aceh schon sehr vorteilhaft. Spezielle Autonomieabkommen gehen über die landesweite Regionalautonomie hinaus.

Die Separatistenkonflikte werden anhalten, weil das indonesische Militär von ihnen profitiert und weil für Rebellen eine politische Lösung inakzeptabel ist, die die Aufgabe des Unabhängigkeitsziels beinhaltet. Dabei wissen sie, dass Unabhängigkeit bzw. Referenden darüber utopische Ziele sind. **Indonesiens Militär will keine dauerhaften Lösungen. Kontrollierbare, fortbestehende Abspaltungssorgen dienen der Legitimierung ihrer wichtigen Rolle.** Die Streitkräfte kultivieren sogar Gefahr, wo keine ist, zum Beispiel auf den so genannten Gewürzinseln: Militärs stellen die unbewaffnete „Front für die Souveränität der Molukken“ (FKM) als eine Bedrohung für den Einheitsstaat dar, obwohl sie wissen, dass die kleine Gruppe harmlos ist. Darüber hinaus sind bewaffnete

Konflikte für das Militär willkommen, weil sie zusätzliches Geld und Gerät von der Regierung bringen. Außerdem verdient das Militär vor Ort; wo Gefahr ist, lässt sich besser Schutzgeld erpressen.

Wie SBY agieren wird, ist offen. Er weiß, dass **Indonesiens Präsident Aceh- und Papua-Politik noch nicht vorgeben kann, sondern mit der Militärführung abstimmen muss.** Wahrscheinlich hatte er noch keine Gelegenheit, dies zu tun.

Neue Terroranschläge stehen bevor

Indonesien tut viel gegen Terrorismus. Seit dem Bali-Anschlag vom 12.10.2002 wurden Dutzende Terroristen festgenommen und verurteilt, drei zum Tode. Flüchtige werden mit großer Energie gesucht, Polizisten aus dem Ausland helfen. Seit den Bali-Bomben gab es drei weitere Terroranschläge auf westliche Ziele: auf ein McDonalds Restaurant in Makassar, auf das US-Hotel Marriott in Jakarta und auf Australiens Botschaft, ebenfalls in Jakarta. Täter sind militante Moslems, Mitglieder der Terrorgruppen Jemaah Islamiyah (JI, Islamische Gemeinschaft) oder NII (Islamischer Staat Indonesien). JI möchte einen pan-südostasiatischen Islamstaat errichten, NII einen Gottesstaat in Indonesien. Die beiden meistgesuchten Terroristen sind Azahari bin Husin und Noordin Mohamed Top, die ideologische und vielleicht auch operative Verbindungen zu Al Qaeda haben. Die Bali-Bomben töteten acht Mal so viele Menschen wie die drei folgenden Anschläge zusammen. Das zeigt, dass die Schlagkraft der Terroristen abgenommen hat. Aber sie bleiben gefährlich, neue Terrorakte stehen bevor. Bomben sind schwierig zu verhindern, weil Selbstmordattentäter sie bringen. Es soll eine Gruppe von Männern geben, die als solche bereitstehen.

Die Anschläge kosten militante Moslems zunehmend Unterstützung. Vor dem Bali-Anschlag hatten Extremisten Millionen von Sympathisanten. Die US-Politik, vor allem die Unterstützung Israels, wird von praktisch allen indonesischen Moslems abgelehnt. Und der Krieg gegen internationalen Terrorismus wird als Feldzug gegen den Islam angesehen. Die Bali-Bomben töteten westliche Touristen und Balinesen,

also Hindus. Sie sorgten für Entsetzen im Land, waren aber doch ziemlich weit weg. Bei den folgenden drei Anschlägen starb ein Ausländer, alle anderen Opfer waren „Durchschnittsjavaner“: Taxifahrer, Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen, Türsteher, Passanten – Moslems „wie Du und ich“. Nun haben Indonesier kaum noch Sympathie für ihre militanten Moslems. Deren Gewalt hatten sie schon immer abgelehnt. Aber jetzt wächst Distanz, mit jedem Anschlag nimmt sie zu.

Bedauerlich ist die Haltung der einflussreichen **moderaten Islamorganisationen** Nahdlatul Ulama (NU) und Muhammadiyah. Sie **tun wenig oder nichts gegen Extremismus**. Ja, sie verurteilen Anschläge und sagen klipp und klar, dass sie Gewalt ablehnen. Aber sonst? Nach dem Anschlag auf die australische Botschaft verdächtigte der NU-Generalsekretär „ausländische Geheimdienstnetzwerke“, der australische Ministerpräsident John Howard könne die Bombe im Wahlkampf nutzen. Die NU scheint sich nicht durch Terror angegriffen zu fühlen. Dabei wird sie doppelt angegriffen. Terroristen wollen ein Indonesien erbomben, das nichts mit dem toleranten Land zu tun hat, das die NU mit geschaffen hat. Terroristen nennen sich „Jemaah Islamiyah“, dabei bilden friedliche Gruppen wie die NU die wahre „Islamische Gemeinschaft“ Indonesiens. NU und Muhammadiyah rebellieren nicht. Stattdessen tragen sie der Sorge Rechnung, durch zu laute Kritik oder durch Maßnahmen gegen Fundamentalismus und Extremismus Mitglieder am rechten Rand ihrer Organisationen zu verlieren.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass SBY staatliches Vorgehen gegen Terror intensivieren wird. Bei allen Erfolgen, es gibt Spielraum: Jemaah Islamiyah ist in Indonesien immer noch nicht als Terrorgruppe identifiziert, bislang wurde noch kein Konto, keine Stiftung und kein Islaminternat geschlossen. Dabei ist klar, dass zum Beispiel im Internat des Fundamentalisten Abu Bakar Baashir Hass gelehrt wird. Viele

verhaftete Terroristen sind Absolventen seiner Schule, die weiterhin legal betrieben wird.

Fünf Jahre SBY-Regierung: Fortschritte, keine Wunder

Mit dem kompetenten Susilo Bambang Yudhoyono kehrt in Indonesien **professioneller Regierungsstil** ein. SBY wird weitgehend vorsichtig regieren. **Heiße Eisen wie Militärreform dürfte er, wenn überhaupt, spät und zart anpacken**. Aber die Versuche, „Gutes Regieren“ zu etablieren und Korruption zu lindern, haben begonnen. **Unabhängig davon, ob die Korruptionsbekämpfung kosmetisch oder ernsthaft verläuft, allein der Start einer Kampagne fördert wichtiges Unrechtsbewusstsein in einem Land, in dem Korruption Kultur ist**. Damit könnte SBY Indonesien eine neue, bessere Richtung geben.

Im Idealfall bleibt SBY fünf Jahre lang im Amt, in denen es politisch und wirtschaftlich stabil bleibt und die staatlichen Institutionen etwas sauberer und stärker werden. Korruption wird nicht verschwinden. Sie könnte aber endlich etwas abnehmen. **Bei besserem Investitionsklima könnten in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode wieder mehr Investoren aus dem In- und Ausland Interesse zeigen, dann könnten ein paar dringend benötigte Arbeitsplätze entstehen**. Das sollte man von SBYs Amtszeit erwarten, viel mehr ist aber nicht drin. **Massenarbeitslosigkeit kann nur leicht abnehmen und zivile Kontrolle über das Militär, Justizunabhängigkeit sowie spürbarer Abbau sozialer Ungerechtigkeit sind Ziele, die bestenfalls in 10-20 Jahren erreicht werden können**.

Möglicherweise schließt die konservativ-islamischen PKS bis zur Wahl 2009 zu den beiden großen Volksparteien auf. Ihr Populismus ist ein Vorspiel, er dient einer Agenda, die Indonesiens Pluralismus gefährden könnte. Die PKS will die Rolle des Islam in Politik und Gesellschaft massiv stärken und langfristig den Gottesstaat.